

GR-Sitzung am Donnerstag, 6. Juli 2017.

Redebeitrag Freie Wähler zu den Gleissperrungen der Deutschen Bahn AG

Wenn der Wind der Veränderung weht bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen.

Herr Vorsitzender meine Damen und Herren.

45 Jahre lang setzte ich mich an der Universität Stuttgart für den Windmühlenbau ein.

In meinem ebenso langen kommunalpolitischen Leben habe ich die Bundesbahn, deutsche Bahn AG oder DB, stets nur als Mauernbauer erlebt.

Verhandlungen mit dieser Institution zogen sich über Jahre hinweg. In Gesprächen gab es immer neue Gesprächspartner die schlecht oder gar nicht über den Stand der schon geführten Gespräche informiert waren. Zusätzlich zeichneten die Gesprächspartner der Bahn eine ausgeprägte Sturheit und Unflexibilität aus. Vernetztes Denken, eine Fehlansage.

Zwei konkrete Heilbronner Beispiele:

Übernahme des stillgelegten Heilbronner Südbahnhof Gelände der DB durch die Stadt Heilbronn, zur Überführung in ein neues Wohngebiet, oder, aktuell aus diesem Jahr:

Bau einer Fußgänger-/Radfahrer –Brücke über den Heilbronner Hauptbahnhof.

In letzteren Beispiel, gab es, quasi in ‚last minute‘ zusätzliche Forderung der DB in Höhe von 1, 5 Mio € für das Entfernen der Oberleitungen zum Einsetzen des vorgesehenen Brücken-Bauwerks. Allerdings, die Erneuerung der Oberleitung war längst geplant da notwendig geworden, doch die Kosten sollten raffinierter Weise dabei auf den BUGA Etat abgewälzt werden.

Mit dem Stichwort BUGA sind wir bei der heutigen Drucksache 110. Die Freien Wähler meinen, dass es Zeit wird, dass der Heilbronner Gemeinderat Tacheles redet und die Problematik der vorgesehenen Gleissperrungen der Bahn AG in 2019 mit deutlichen Worten anspricht.

Die Bahn AG ist 100 %-ig in der Hand der Bundesrepublik. Bei Missständen erwarten wir, dass die oberste politische Führungsebene nicht nur informiert wird, sondern auch von dieser Position aus, auf die, unglaubliche ja rabiate und jegliche Zusammenhänge negierende Entscheidungen der Bahn Einfluss nimmt.

Eine Bundesgartenschau wird immer eine bundesweite nationale, wenn nicht sogar internationale Ausstrahlung haben.

Der politische Wille aller, den Bahnverkehr generell zu stärken und den Individualverkehr zu verringern wird von der Bahn mit diesen Vorhaben konterkariert.

Der gesellschaftliche Erfolg einer BUGA wird torpediert, wenn man Bahnreisende mit Omnibus-Ersatzverkehren auf wichtigen Bahnverbindungen konfrontiert und belastet.

Sind 150 Mio € für das Großprojekt-BUGA, inklusiv eines Landeszuschusses in einem höheren zweistelligen Millionenbetrag aus Steuergeldern, in der großen Politik peanuts?

Sollten nicht alle Entscheidungsträger an einem Strang ziehen um möglichst einen Erfolg für unser Land zu erreichen?

Jeder Bürgermeister oder Oberbürgermeister würde eine solche weitreichende Entscheidung als Chefsache an sich ziehen.

Diese Bahnsperrungs-Posse in 2019 muss durch professionelles Handeln verhindert werden.

Die geplanten Schienen-Bauvorhaben sind in das Jahr 2020 zu verschieben.

Es kann doch nicht sein dass der ÖPNV zur Bundesgartenschau nach Heilbronn faktisch während der ganzen laufenden Gartenschau-Zeit auf der Strecke von Westen her, aus Richtung Mannheim, oder von Norden her, aus Richtung Würzburg, lahmgelegt wird.

Auch das Erreichen der Bundesgartenschau per Schiene von Süden her, mit einer ICE-Beschickung, muss in diesem Jahr ermöglicht werden. Darüber gibt es eine vage Zusage der Bahn AG.

Was ist zu tun?

Natürlich kann ein Gremium tolle Resolutionen dazu verfassen.

Aber glaubt wirklich jemand ernsthaft, dass solche Appelle, wie auch der heutige Antrag, auch nur andeutungsweise bei dem für die Infrastruktur der Bahn seit 1. Januar 2017 zuständigen Herrn mehr bewirken als nur ein leises Poff. Zum einen Ohr rein, zum anderen raus, Poff.

Alla, wie man z.B. in Mannheim sagt, als Wortspiel.

Was ist zu tun?

Jetzt müssen die entsprechenden Minister des Inneren und des Verkehrs vom Land, und ebenso jeder einflussreiche Kanzlerinnen-Vertreter im Bund, auf die geplanten Bundesbahn-Vorhaben einen eindringlichen positiven Druck ausüben.

Der Druck auf die Bahn muss von oben kommen, die oberste politische Schiene muss jetzt tätig werden.

Appelle von der Basis verpoffen.

Ein „Vorziehen“ der geplanten Gleissperrungen kann man in Antrags-Formulierungen getrost streichen, denn die Bahn AG ist absolut unflexibel. Sperrzeiten von Gleissträngen haben dort einen Vorlauf von bis zu 2 Jahren. Die geplanten Sperrungen müssen deshalb auf das Jahr 2020 verschoben werden.

Einen zögerlichen Anfang in dieser Richtung hat BW-Verkehrsministers Winfried Hermann gegenüber der Bahn gemacht. Zitat aus der Südwestpresse vom 4. Juli:

Er drohte der Bahn, sie wegen Verspätungen und Zugausfällen auf der Frankenbahn möglicherweise von weiteren Ausschreibungen für den Schienennahverkehr auszuschließen. Mehr als zehn Prozent der Züge seien auf der Linie Stuttgart-Heilbronn-Würzburg um mehr als sechs Minuten verspätet, die Ausfälle hätten sich verdreifacht, erläuterte Hermann die Gründe für die Unzufriedenheit Nach der zweiten Abmahnung der Bahn in der vergangenen Woche prüfe man, ob ein Ausschluss wegen mangelnder Verlässlichkeit möglich sei. Das wäre laut Verkehrsministerium ein bundesweites Novum.

Ende des Zitats:

Die Bahn hat für die problembehaftete Strecke einen Übergangsvertrag, nach dessen Auslaufen ab 2019 die Töchter ausländischer Konzerne, Abellio und Go-ahead, die Strecke übernehmen.

Die Bahn könnte im Ernstfall an der Ausschreibung der nächsten vom Land ausgeschriebenen Netze für den Schienenpersonennahverkehr nicht teilnehmen. Bevorstehende Verfahren betreffen die Netze um Offenburg und um Reutlingen/Tübingen.

Das allein ist ein starker Druck des Verkehrsministers und hier muss man nachhaken und noch stärker werden.

Jetzt muss der Regionalverband eindeutig und klar nachfassen. Die Freien Wähler von Heilbronn fordern, dass die zuständigen Entscheidungsträger für Verkehr und Inneres sowie die maßgebenden Parteimitglieder der Regierungsparteien auf Bundesebene aus Baden-Württemberg auf, sich gegenüber der Deutschen Bahn dafür einzusetzen, dass die in 2019 geplanten Sperrungen auf den Strecken

Mannheim-Heilbronn und Würzburg-Heilbronn um 1 Jahr verschoben werden.“

Darüber sollte der Gemeinderat zusätzlich abstimmen

Einen gleichlautenden Antrag werde ich im Übrigen morgen in der Regionalverbandversammlung in Wertheim für die Fraktion der FreienWähler/FDP einbringen.

Appell bleibt Appell.

Der persönliche Einsatz von Innenminister Strobl, Verkehrsminister Herrmann, oder sogar des Ministerpräsidenten Kretschmann wäre viel wirkungsvoller. Die genannten Personen müssen jetzt dringend warum nicht auch über die Bundeskanzlerin bei Herr Pofalla, dem für die Infrastruktur der Bahn seit 1. Januar 2017 zuständigen Herrn, vorstellig werden